



SPD-NEWS

„Kriegerischen Konflikten den Nährboden entziehen“

Evelyne Gebhardt:
Antikriegstag am 1. September in diesem Jahr
von trauriger Aktualität



Am 1. September ist Antikriegstag. Traurige Aktualität erhält der Tag in diesem Jahr nicht nur durch das Gedenken an den Beginn zweier Weltkriege, sondern auch durch die vielen derzeit schwelenden kriegerischen Konflikte: von der Ukraine-Krise über den Nahost-

Konflikt bis hin zu Libyen, Syrien und dem Irak.

„Wie dauerhafter Frieden geschaffen werden kann, zeigt das Beispiel Europas nach 1945“, betont die Hohenloher Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt. Demgegenüber sei es „absurd anzunehmen, mit militärischen Mitteln, mehr Waffen und kurzfristigem Agieren auf Dauer Probleme zu lösen“. Europa müsse sein friedens- und entwicklungspolitisches Engagement – besonders in seinen Nachbarregionen – erheblich ausweiten und so dem Friedensnobelpreis von 2012 auch in seinen Außenbeziehungen gerecht werden, fordert Evelyne Gebhardt. Zur Diskussion über die von der Bundesregierung beabsichtigten Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak erklärt die sozialdemokratische Europaabgeordnete: „Angesichts der beispiellosen Brutalität der sogenannten IS-Terroristen, eines drohenden Völkermords

NEWS 13

30. September 2014

NEWS13 jetzt wieder im Netz: Evelyn Gebhardt zum Antikriegstag, NEWS-Umfrage zur Waffenlieferung an Kurden, Fa. Tries auf Baustellen in der Welt, Hilde Mattheis gegen Waffenlieferungen und „Mehr Solidarität gefordert“, Helmar Hübner: Harz 4 und die Arbeitslosigkeit, unsere Gemeinderäte.

MAIL-Adresse: lumo.lutzmoni@t-online.de

Hier die Adresse der Redaktion und Herausgebers:
Lutz Deckwitz Im Wiesental 41 89584 Ehingen 1
Mühlen. Tel. 0 73 95 257

In diesem Sinne

Euer Lutz Deckwitz

und der Gefahr, dass diese weitere Gebiete unter ihre Kontrolle bringen, befindet man sich als Gegnerin von Krieg und Waffengewalt in einem großen moralischen Dilemma“. „Könnte Unterstützung in Form von Waffenlieferungen in diesem Fall möglicherweise gerechtfertigt sein?“, fragt sich Gebhardt. Sie habe die Sorge, dass eine vornehmlich auf militärische Problemlösung zielende Logik wieder zunehmend Verbreitung und Akzeptanz finde. Hinzu komme, dass Waffen in falsche Hände geraten könnten.

Es reiche nicht, in Konflikte militärisch einzugreifen und danach zur Tagesordnung überzugehen. „Wir müssen kriegerischen Konflikten den Nährboden entziehen, indem wir die Entstehungsursachen bekämpfen“, so Evelyne Gebhardt. Nötig seien auf höchster Ebene vorangetriebene politische Initiativen und langfristige Strategien zur Befriedung und nachhaltigen Entwicklung konfliktreicher Regionen. „Da geht es um Entwicklungspolitik, um die Förderung demokratischer Strukturen und des Dialogs zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen, um wirtschaftliche Unterstützung und um gerechte Handelsbeziehungen“, ist die Sozialdemokratin überzeugt.

WORTE WORTE-WORTE-WORTE

„Ausländer sind für mich in

Führungspositionen

nicht tragbar“

Martin Sonneborn, EU-Parlamentarier für die Satirepartei „Die Partei“, über den Grund, warum er bei der Wahl des Parlamentspräsidenten nicht für Jean-Claude Juncker gestimmt hat.

Das sind Menschen, die politisch sein wollen und für die die Politik nur Spass ist. Was tut dann ein solcher Parlamentarier, wenn er mal wirklich Verantwortung tragen muss?
LUTZ DECKWITZ

Hilde Mattheis stimmt gegen

Waffenlieferungen in

Krisengebiete

„Friedenspolitik kennt keine einfachen Antworten. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Alternativen zum derzeitigen Handeln gibt“, schreibt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis in einer persönlichen Erklärung. Diese hatte sie bei der gestrigen Sondersitzung des Deutschen Bundestages mit der Abstimmung über Waffenlieferungen in Krisengebiete abgegeben.

Die Internationale Gemeinschaft sei gefordert, in Krisensituationen gemeinschaftlich zu agieren. Bei Gefährdung der internationalen Sicherheit sei es Aufgabe der Vereinten Nationen, über mögliche Maßnahmen zu entscheiden. Diese könnten Fluchtkorridore für die Zivilbevölkerung in Erwägung ziehen oder Nachbarstaaten, die den IS mit Waffen oder Geld unterstützen, zur Verantwortung ziehen. Darüber hinaus müsse sich die internationale Gemeinschaft fragen, wie der stete Zulauf zu radikal-islamischen Organisationen wie der ISIS langfristig verhindert werden könne.

Es sei eine schwierige Abwägungsfrage, militärische Rüstungsgüter an die Kurden im Irak zu liefern. Mattheis befürchte, dass hier ein Präzedenzfall geschaffen werde, „dessen Folgen weit über den aktuellen Konflikt im Irak hinausreichen“. Die gelieferten Waffen könnten gegen den irakischen oder einen anderen Staat gerichtet werden oder in falsche Hände geraten. „Es ist daher darauf hinzuwirken, die Verbreitung von Kleinwaffen und anderen Waffen zu stoppen. Die Konsequenzen von Waffenexporten in Krisengebiete im Allgemeinen und im konkreten Fall wiegen meines Erachtens so schwer, dass ich die Waffenlieferungen nicht unterstützen kann“, begründet die Parlamentarierin ihre Ablehnung.

Mehr Solidarität ist gefordert

Hilde Mattheis (MdB) berichtet:

Stuttgart, 03.09.2014 – Anlässlich der Diskussion über die anstehende Entscheidung des Bundesrates zur Flüchtlingspolitik erklärt der Sprecherkreis des Forums DL 21 Baden-Württemberg:

Die Forderung nach einer Ausweitung der sicheren Drittstaaten war ein Zugeständnis der SPD an die CDU in den Koalitions-Verhandlungen zur Großen Koalition. Sie ist nicht originäre SPD-Position und sollte es auch niemals werden. Wer jetzt leichtfertig über die Verhältnisse in den drei Balkanländern Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina redet, in denen Minderheiten wie Roma verfolgt und diskriminiert werden, begreift nicht den Ernst der anstehenden Entscheidung für den Bundesrat.

Wir halten die Entscheidung der Bundesregierung und des Bundestages, die drei Balkanländer zu sicheren Drittstaaten zu erklären, für falsch. Viele Landtags-abgeordnete kämpfen zu Recht in ihren Wahlkreisen gegen die Abschiebung von Minderheiten in diese Balkanstaaten. Eine Einzelfallprüfung ist zwar ein hoher Verwaltungsaufwand, der aber angesichts der bekannten Problematik gerechtfertigt

und humanitär geboten ist. Daher begrüßen wir es ausdrücklich, wenn die Landesregierung in Baden-Württemberg diesen Punkt ebenfalls kritisch sieht und ihre Zustimmung im Bundesrat verweigert.

UMFRAGE IM ORTSVEREIN

NEWS hat eine Umfrage gemacht und fragte Ortsvereinsmitglieder aus Ehingen und Umgebung, was sie zur Waffenlieferung der Bundesregierung meinen, unter dem Aspekt, dass momentan furchtbare Kriegsgräuel durch die ISIS passieren.

Rosemarie Bauer, Mündingen:

„Un . . .Un . . . Un . . . Unmöglich! Führt überhaupt nicht zum Frieden, im Gegenteil. Die sollen miteinander reden!“

Helmar Hübner, Ehingen:

„Gar nichts! Waffen in Krisengebiete auf keinen Fall, egal wo“.

Gottfried Beck, Mündingen:

„Überhaupt nicht, Waffen bringen keinen Frieden. Im Gegenteil, sie fördern nur die Gewalt und dies ist keine Option. Aus meiner Erfahrung, ich habe am II. Weltkrieg teilgenommen und furchtbare Dinge gesehen, wären Verhandlungen mit Putin die einzige Lösung. Putin will und braucht einen Zugang zu den Weltmeeren, das ist nachvollziehbar. Wenn sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen, könnte eine Lösung herauskommen“.

Klara Dorner, Griesingen:

„Waffenlieferung an die Kurden? Mir ist nicht wohl bei diesem Gedanken. Es ist noch nicht lange her, da hatten wir auch in unserem Land den Konflikt zwischen den Kurden und der PKK gespürt. Dennoch sollten wir nicht übersehen, dass die Kurden derzeit sich mit großer Kraftanstrengung für den Schutz der Flüchtlinge engagieren. Ob dabei unsere, teilweise nicht voll funktionsfähigen Waffen

gebraucht werden, kann ich nicht beurteilen. Etwas wohler wäre mir, wenn diese Frage gemeinsam von den Euro-päischen Staaten beantwortet würde. Europa hilft - und dann könnte unser Beitrag im Gesamten gesehen werden , notfalls auch in Form von Verteidigungssystemen. Nicht helfen bringt den Betroffenen nichts - mit Waffen alleine auch nicht. Aber eigent-lich bin ich in dieser Frage ratlos - weil jede Reaktion nur in dieser Situation eine scheinbare Lösung darstellt, aber das grundlegende Problem dieses Konfliktes (Krieges) nicht beseitigt, nicht beseitigen kann“.

Dieter Volgnandt, Ehingen:

„Die Frage lässt sich leider nicht mit einem einfachen Satz beantworten. Grundsätzlich sollte die BR Völkern in Not beistehen, so auch im Falle der von der Ausrottung bedrohten jesidischen Minderheit in Syrien und im Irak. Grundsätzlich sollten unsere westlichen Gesellschaften auch terroristische Organisationen wie die IS mit Argumenten, dem besseren, weil menschlicheren und gerechteren Wertesystem Europas, aber auch, wenn es nicht anders geht, mit militärischen Mitteln bekämpfen. Denn mit den Köpfeabschneidern wird sich wohl kaum einer zum Dialog zusammensetzen können.



Impressum

NEWS versteht sich als Diskussionsplattform des SPD-Ortsvereins Ehingen.

V.i.d.S.: Lutz Deckwitz, Ehingen-Mühlen
Alle Artikel mit Autorenhinweis sind Meinungen des jeweiligen Verfassers.

Der Bezug findet digital statt und ist kostenlos.
Zuschriften oder Leserbriefe sind ebenfalls digital erwünscht an die MAIL-Adresse:

lumo.lutzmoni@t-online.de

Die Lage im Nahen Osten ist aber viel zu verworren, als dass es genügte, eine Organisation mit Waffen auszurüsten, damit sie die andere bekämpfe. So wie das Siedlungsgebiet der Kurden seit jeher in die Länder Iran, Irak, Syrien und die Türkei aufgeteilt ist, so finden sich auch mindestens drei kurdische Organisationen, die mit Waffen beliefert werden könnten,



und auf mindestens jede Organisation kommen wieder x-fach regionale Problematiken hinzu. Waffen sollen aber nur die Peschmerga, die Kurden des Nordiraks, bekommen, während die von der BR als terroristisch eingestufte

PKK außen vor bleibt. Die aber war es gerade, die den Jesiden nach übereinstimmenden Berichten aller möglichen Zeugen geholfen hat, während sie von der Peschmerga entwaffnet und dann ihrem Schicksal überlassen wurden. Was soll man nun glauben? Wem soll man nun die Waffen geben? - Ich denke, dass dies nur im Rahmen eines durchdachten Gesamtkonzeptes geschehen kann. Dem stehen aber die Einzelinteressen der Anrainerstaaten und Mitgliedsländer gegenüber, was den Nahen Osten für jeden, der darin herumfingern will, zu einem Wespennest macht. Unterstützen wir doch die PKK ebenso wie Peschmerga und sehen erwartungsvoll den Problemen, die wir mit unserem Nato-Partner Türkei bekommen. Von denen heißt es, dass sie die IS wiederum unterstützen, denn bis jetzt richten sich die Aktivitäten der Kalifat-Organisation IS nicht gegen sie. Wie schön?! Europa und der Westen brauchen in der Region nicht mit dem schlechten Gewissen der Gutmenschen herumzuschleichen und „nostra culpa“ zu rufen. Auch wenn die Grenzziehungen in diesen Ländern noch von den Franzosen und Briten herrühren, sind die dortigen Probleme vielfach selbst verursacht. Zu denken geben und zu entschiedenem Einschreiten aufrufen, sollte uns jedoch die Tatsache, dass sich unter den „Kämpfern“ (???) oder besser gesagt

Mördern der IS viele Freiwillige aus Europa, vor allem aus GB, F, und D. befinden. Wo haben wir versagt, dass junge Leute sich zu solchen Schritten entschließen? Und warum fangen wir am besten mit diesem Problem nicht an: Da können wir nämlich als Rechtsstaat und Gesellschaft wirklich tätig werden?

Annerose und Walter Böttle, Ehingen:

„Ein eindeutiges Ja zur sofortigen Waffenlieferung. Den irakischen Bevölkerungs-Gruppierungen ist nicht damit gedient, wenn der Westen sich noch monatelang in Diskussionen verliert. Dem Treiben dieser Mörderbanden mit ihrem Steinzeit-Islamismus muss sofort militärisch Einhalt geboten werden. Wenn die USA nicht sofort eingegriffen hätten, wäre der gesamte Irak durch Isis bereits überrollt worden“.

Georg Mangold, Ehingen:

„Es ist nicht leicht, die Frage nach Waffenlieferung in den Irak – mit ja oder nein - zu beantworten.

Eigentlich bin ich gegen jede Waffenlieferung. Dass hier aktuell große Verbrechen an viele Menschen begangen werden, real-tiviert die Sache. Ursache für das Töten sind verblendete Menschen, aber Töten geht einfacher, wenn man Waffen hat. Da die Angreifer viele, gute und moderne Waffen haben, die alle aus dem Ausland stammen (meist Waffen aus den USA, natürlich nicht geliefert, sondern zusammengeraubt, bei der Flucht der Irakischen Armee), können sie nicht mit Steinschleudern oder Luftgewehren gestoppt werden.

Die Meinung, der Feind meines Feindes ist mein Freund, ist noch nie in der Geschichte



aufgegangen. Trotzdem sind die Kurden die einzige Hoffnung, dieses Blutbad endlich zu stoppen. Dazu brauche sie unsere Waffen. Hätte man nach zwei Weltkriegen ein „Kurdistan“ geschaffen, wären einige Problem in der ganzen Region in den letzten 80 Jahren anderes verlaufen. Da war Karl May ja ein Utopist, denn er „reiste“ schon durchs wilde Kurdistan. PS: Ich habe aber auch Verständnis dafür, dass (einige) SPD - Abgeordnete im BuTa mit „Nein“ gestimmt haben“.

Manfred Kistler, Nasgenstadt

Ich bin froh das ich das nicht entscheiden muss. Ich tendiere zum Nein. Die Waffen werden mit Sicherheit an der falschen Stelle wieder auftauchen und Unheil anrichten. Wir geben sie den KURDEN! Diese sind ein Unruhepol seit Jahrzehnten, egal ob Sie recht haben oder nicht. Schlussendlich geht es um einen Macht -kampf unter dem Deckmantel der Religion. Es sind Araber und Muslime die vorwiegend Ihre Brüder umbringen. Es müsste doch möglich sein andere gemäßigte muslimische Staaten zur größeren Zusammenarbeit zu bewegen. Ich denke da an die Türkei und an den Iran, Die Iraner sind lange nicht mehr so böse wie man Sie bei uns darstellt, sie hassen nur die Amerikaner wie die Pest.

Bernhard Gärtner, Kreisvorsitzender

Hallo lieber Lutz,
passend dazu die Erklärung von Hilde auf der KV Seite:
<http://www.spd-alb-donau.de>

Leserbriefe

Der folgende Brief vom Genossen Helmar Hübner veröffentlicht NEWS mit dem Einverständnis vom Genossen Helmar . Er

stellt dessen persönliche Meinung dar . Dabei sollte man auch die persönliche Situation des Genossen Hübner mit in Betracht ziehen und seine Meinung respektieren.

Hallo Genossen,

wenn ich solche Meldungen lese :

<http://www.news.de/politik/855557941/drogentests-fuer-hartz-iv-empfaenger-arbeitsagentur-will-auf-crystal-meth-kokain-cannabis-ueberpruefen/1/> bzw.

http://www.focus.de/finanzen/news/arbeitsmarkt/bundesagentur-fuer-arbeit-riesen-test-arbeitslose-sollen-auf-drogen-ueberprueft-werden_id_4104373.html

dann muss ich sofort an den Spruch denken:



Irgendwie kommt da wohl durchs Hintertürchen „die Pflicht zur Arbeit“, wenn schon „das Recht auf Arbeit“ nicht im Grundgesetz festgelegt ist und der Artikel 12 GG durch die faktischen Gegebenheiten seit langem häufig ausgehebelt wird. Da werden sich so manche Langzeitarbeits-Lose, die durch das Schreiben von hunderten von erfolglosen Bewerbungen und die sich durch die Wehwehchen des Alters, auf die man sich mangels Beschäftigung ja leider umso besser konzentrieren kann in eine „kleine Depression begeben haben“ aber freuen – jetzt werden die auch noch Mac Gutdünken eines Arbeitsagentur Angestellten zum Drogentest aufgefordert (man kann ja angeblich verweigern, aber das



führt doch garantiert zu Repressionen !) und möglicherweise zum „Junkie“ deklariert sehen. Erst kommt das arbeitsscheue Pack, dann die Drogensüchtigen, die Krüppel und die Säufer, - wehret den Anfängen ! Wenn so was und die Waffenlieferungen die Politik der Sozialdemokraten des 21.-sten Jahrhunderts ist, hab ich anscheinend den Knall noch nicht gehört oder bin im falschen Verein. HELMAR HÜBNER

Auf die MAIL von Helmar antwortete Klara Dorner. Auch von ihr ist das Einverständnis zur Veröffentlichung gegeben. Desgleichen antwortete Hilde Mattheis (MdB) und erklärte die Situation. Auch hier gibt es die Genehmigung zur Veröffentlichung. Die Red.

Hallo Helmar,
Mit Bestürzung habe ich deine Mail gelesen. Leider reicht mir hier mein Zugang nicht (zu annehmbaren Kosten) den Text zu laden. Aber ich meine, liebe GenossInnen, da müsstest du liebe Hilde mal recherchieren und ggf. dich auch in unserem Namen zur Wehr setzen, wengleich der Verweis auf die Inschrift in Dachau vielleicht etwas überzogen scheint. Aber du hast Recht: wehret den Anfängen.

Liebe GenossInnen helft mit
Liebe Grüße
Klärle

Antwort von Hilde Mattheis an Klärle und Helmar:

Liebe Klärle, lieber Helmar, danke für Eure Nachricht. Dieses Thema kommt alle paar Jahre auf. Es geht um folgendes (diese Infos sind auch der Presse zu entnehmen):

1. Die Agentur für Arbeit führt jährlich ca. 20.000 Drogentests durch. Die Ausschreibung ist für 4 Jahre und deckt 88.000 Tests ab.

2. Der Nachweis eines Drogentests wird häufig von potenziellen Arbeitgebern verlangt, z.B. Flughäfen, bei Jobs als LKW- oder Busfahrer, und mit der Beschaffung der

Tests übernimmt die AA die Kosten dafür, so dass diese nicht der Bewerber tragen muss.

3. Getestet werden (alle Bedingungen müssen gleichzeitig erfüllt sein)

a. Arbeitslose, die dem Test zugestimmt haben

b. Arbeitssuchende, bei denen begründeter Verdacht besteht, dass eine Drogen- oder Suchtproblematik besteht

4. Der Drogentest wird beim Amtsarzt durchgeführt, und das Heidelberger Landesgericht hat das vor einem Jahr als zulässig erklärt, „wenn konkrete Hinweise auf eine Suchtmittelabhängigkeit vorliegen“ und wenn sie „zur Prüfung der Erwerbsfähigkeit geboten sind“

Also: es gibt keine neue Aktion mit flächendeckenden Drogentest bei Arbeitslosen, sondern nur im Einzelfall bei begründetem Verdacht.

Bei knapp 3.000.000 Arbeitslosen sind 20.000 Tests pro Jahr etwas wenig für eine umfassende Aktion, vor allem falls man mehrere Tests über eine gewisse Zeit für eine Person benötigt, um Sucht oder auffälligen Konsum nachzuweisen.

Hier ein Beispiel: Im Wahlkreisbüro war vor kurzem ein Mann, der arbeitslos war, seinen



LKW-Führerschein wegen Alkohol verloren hatte und seinen Führerschein wieder haben wollte, um wieder LKW fahren zu können. Aber er hatte auch nach eigener Aussage seit Jahren weiterhin auffälligen Alkoholkonsum und

deshalb auch den Führerschein mehrfach verloren. Er muss einen Test machen bevor ihn die Agentur vermittelt. Ich persönlich möchte nicht dem LKW auf der Straße begegnen, den er fährt. Meiner Einschätzung

nach ist es nötig, dass die Agentur für Arbeit oder das Job Center die Möglichkeit hat, bei begründetem Verdacht eine ärztliche Untersuchung durchführen zu lassen. Und umgekehrt: wenn ein Arbeitsvermittler vermutet, ein Arbeitssuchender hat ein Drogenproblem und ihm keine Stellenangebote für Busfahrer schickt, aber er irrt sich und so kann der Bewerber nie Busfahrer werden – wie soll der Bewerber beweisen, dass er kein Suchtproblem hat?

Solidarische Grüße

Hilde

Und nun die Antwort von Genosse Helmar Hübner an Hilde und Klärle:

Hallo Hilde, hallo Klärle, hallo der Rest,

danke erst mal für die rasche Antwort – jedoch ist im Gegensatz zu Artikel 1 GG die Würde des Menschen in der BRD durchaus an tastbar – diese Erfahrung machten (und machen vermutlich noch immer) genügend Leute, die beim „Arbeitsamt“ vorstellig wurden und werden.

Ich hatte leider in den vergangenen Jahren genügend Gelegenheiten mit solchen Leuten in Kontakt zu kommen (z.B. ein Dipl.-Ing. Elektrotechnik aus den neuen Bundesländern, der 2011 an seinem 2.-ten Arbeitstag in einem Unternehmen auf der Alb seinen 60.-sten Geburtstag feierte – der gute Mann arbeitete hier nach einer „betrieblich bedingten Kündigung“ seines letzten Jobs als Vertriebsingenieur mit einer Anstellung als Hilfsschlosser, ausgeliehen von einer von der Arbeitsagentur vermittelten Zeitarbeitsfirma in Chemnitz an eine Zeitarbeitsfirma im Ruhrgebiet zu einem Stundensatz von 6,30 Euro / brutto in mehr als 500 km Entfernung von der Familie um überhaupt noch arbeiten zu können – das tollste, seine Tätigkeit war eine durchaus anspruchsvolle und sicherheitsrelevante Arbeit im Rahmen der CE-Zertifizierung von Produkten . . .)

Ich selbst suche auch seit einigen Jahren (Altersgruppe „ü 40“, hochqualifiziert) nach einer „ordentlichen“ Festanstellung mit einem halbwegs annehmbaren Einkommen –

interessante Stellen hatte ich auch einige, jedoch läuft die Aktion heute üblicherweise so, dass man vom „Arbeitsamt“ Stellen-



Anträge über Anträge und Bewerbungen über Bewerbungen: Problemsuche in Frage gestellt!

Angebote von Zeitarbeitsfirmen bekommt – häufig natürlich von unterschiedlichen Vermittlungsfirmen mehrfach auf die selbe Arbeitsstelle (so.ooo viele offene Stellen . . .), dann erfolgt mit viel Glück eine Einstellung per Zeitvertrag auf eine „vorläufig niedrigere Position mit Aufstiegsmöglichkeit“ . . . es wird ein Ingenieursjob (Hochschulstudium) ausgeschrieben und die entsprechende Leistung erwartet und man wird als technischer Zeichner (Lehrberuf) bezahlt – nach Fertigstellung des entsprechenden „Projekts“ kann dann plötzlich der Zeitvertrag doch nicht verlängert werden und das Spiel geht mit dem nächsten von vorne los.

Ein Problem dieser Taktik ist, dass man aus dem „normalen Arbeitslosensystem“ raus fällt – meist sind die Zeitverträge über ein halbes oder 3/4 Jahr, dann erfolgt die „Freisetzung“ durch den Auftraggeber und kurz bevor das Jahr voll wird, entlässt einen die Zeitarbeitsfirma „mangels aktueller Aufträge“ – somit ist man Ruck-Zuck bei Hartz 4 und wird von den AA Mitarbeitern häufig behandelt als wäre man des Lesens und Schreibens nicht mächtig – z.B. falls da mal ein kleiner Fehler beim Ausfüllen das extrem umfangreichen Antrags vorkommt – das Amtsdeutsch ist ja selbst für Juristen häufig problematisch und wie dann erst für einen „Normalbürger“.

Ich selbst habe bisher zwar Hartz 4

vermeiden können – aber nur dadurch, dass ich es irgendwie Bewerkstellige mit einem „Einkommen“ von 200.- bis 400.- Euro monatlich derart zu „Jonglieren“ und meine roten Zahlen dann und wann durch solche Zeitjobs oder das eine oder andere, selbständige Projekt (welche ohne Kapital bei der Bank seit „Basel2“ extrem problematisch ist – das Finanzamt würde es wohl „Konkurs-verschleppung“ nennen, wenn es sich um mehr als einige hundert Euro handelte) etwas zu reduzieren – in den vergangen beiden Jahren war ich zunächst durch einen „Job“ als Bundesfreiwilligen-Diener“ in einer Behindertenwerkstatt und nunmehr seit einem Jahr durch Arbeitsunfähigkeit infolge einer Fallhandlähmung an der rechten Hand (Ursache nicht ganz klar, ich vermute jedoch eine Reizung durch die Tätigkeit in der B.-werkstatt) „versorgt“ – mit zunächst ca. 300.- Euro Monatlich + Verpflegung und jetzt ca. 240.- Euro Krankengeld – Ende der Krankheit vorläufig nicht absehbar, eine EU-Rente aufgrund Studium, einigen Jahren Auslandsaufenthalt und ca. 10 Jahren Selbständigkeit kaum zu erwarten

Vor diesem Hintergrund wird meine kritische Haltung gegenüber allen „sozialen Einschränkungen“ möglicherweise verständlicher.

An der Sachlage ändert das jedoch nichts – Fakten :

- Grundsätzlich herrscht in der BRD die Unschuldsvermutung
- die Erteilung einer Fahrerlaubnis sowie gegebenenfalls anderer erforderlicher Zulassung für gewisse Tätigkeiten untersteht in der BRD jeweils „ordentlichen Behörden“, z.B. der Straßenverkehrsbehörde – sollten diese Behörden Hinweise auf Unregelmäßigkeiten haben, so werden dies Amtsärztliche Untersuchungen einleiten (z.B. MTU – ich selbst befinde mich seit 1977 ununterbrochen im Besitz einer Fahrerlaubnis ohne meines Wissens auch nur einen Punkt in Flensburg gehabt zu haben.

Jedoch haben einige ehemalige Kollegen, Bekannte und auch Freunde durch Alkohol,

Drogen und sonstige Vorfälle unterschiedliche Behördliche Untersuchungen provoziert – dagegen ist nichts einzuwenden, aber die finden ohnehin statt, ehe eine Erlaubnis wieder erteilt wird – für Berufs-Kraftfahrer in der Personenbeförderung (Taxi, Bus, Krankenwagenfahrer) z.B. meines Wissens Turnusgemäß alle 5 Jahre ...- somit erscheint mir die Veranlassung durchs Arbeitsamt als durchaus überflüssig und Du Hilde wirst daher ohnehin kaum in eine entsprechend Gefahr kommen.

- eine schöne Zusammenfassung der rechtmäßigen Untersuchungen im Zusammenhang mit Arbeit ist hier zu finden :
http://www.boeckler.de/pdf/mbf_as_medi_z_2007.pdf –
-
- Auszug :

Das Verlangen der Einwilligung in eine Routineuntersuchung, die klären soll, ob Alkohol- oder Drogenabhängigkeit vorliegt, ist regelmäßig unzulässig. Zwar hat der Arbeitgeber ein an sich berechtigtes Interesse daran, nur solche Arbeitnehmer zu beschäftigen, die nicht aufgrund Alkohol- oder Drogenmissbrauchs im Betrieb eine Gefahr für sich und andere darstellen. Das grundgesetzlich geschützte



Persönlichkeitsrecht und das durch eine Blutentnahme betroffene Recht auf körperliche Unversehrtheit erfordern allerdings, dass ein Drogentest nur dann

verlangt werden kann, wenn bei vernünftiger, lebensnaher Einschätzung eine ernsthafte Besorgnis begründet ist, dass eine Abhängigkeit des Arbeitnehmers vorliegt. (BAG-Urteil vom 12.8.1999 – 2 AZR 55/98)
- die Anzahl an sich ist irrelevant – der Vorgang ist kritisch zu betrachten: um die Statistik zu schönen sind dem Amt alle Mittel Recht (O.K. ist eine Behauptung, jedoch eine durchaus begründete – ich kann mich noch durchaus an Zeiten entsinnen (1983 – Helmut S. war noch Kanzler), in denen 7 % Arbeitslosenquote eine absolute Zahl von 2.000.000 war, bei ca. 62.000.000 Bundesbürgern – Statistik ist durchaus variabel !). Auch ich habe vor 15 Jahren schon Schulungen (im „IT-Bereich“) für Unternehmen im Auftrag des AA abgehalten – die Leute in den Schulungen waren sich völlig im klaren darüber, dass sie dort nur „geparkt“ waren um die Statistik zu schönen – was soll ein „Landwirtschaftshelfer“ neben einem „Netzwerkadministrator“ im „IT-Kurs: Sicherheitsstruktur im ISO-OST-Schichtmodell“ ? – nebenbei ein Themenpaket das seinerzeit an einem Tag gemächlich zu bewältigen war, jedoch auf 14 Tage angesetzt war !

Soweit mal zu der Sache – möglicherweise bald anderes mehr – ich hab jetzt die Faxen dick und sag (schreib) wieder was ich denke ! mit sozialistischen Grüßen

Helmar Hübner

(Dipl.-Ing.(FH))

Stadthauweg 11 D-89584 Ehingen

Südbahn verdient gemeinsames Vorgehen aller Abgeordneten

Auf Initiative der Ulmer Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis haben sich Parlamentarier zwischen Ulm und Friedrichshafen parteiübergreifend zusammengetan und ihre Forderungen an die Verkehrsminister im Bund, Alexander Dobrindt und im Land, Winfried Hermann formuliert: „Wir bitten Sie, alles dafür zu tun, dass die Südbahn schnellstmöglich elektrifiziert wird“. Mit ihrem Fraktionskollege Martin Gerster aus dem Wahlkreis Biberach,

Annette Grothaus dem Bodenseekreis und Agnieszka Brugger aus Ravensburg beteiligten sich Abgeordnete aus fast allen im Bundestag vertretenen Parteien an der Initiative. „Die Elektrifizierung der Südbahn ist dringend erforderlich, damit wir in der Region verkehrstechnisch nicht abgehängt werden“, verdeutlichte Mattheis das gemeinsame Anliegen.

Deshalb werde an den Landesverkehrsminister Hermann appelliert, weiterhin seinen Beitrag zu leisten, dass das

The image shows the logo of the SPD (Social Democratic Party of Germany). It consists of the letters 'SPD' in a bold, white, sans-serif font, centered on a solid red rectangular background.

Planfeststellungsverfahren rechtzeitig geschlossen und Baurecht erteilt wird, bevor der Bundesverkehrswegeplan 2015 alle offenen Projekte neu priorisiere.

Bundesverkehrsminister Dobrindt werde an sein Versprechen vom Juni 2014 erinnert, als er sagte: „Der Bund steht ohne Wenn und Aber zur Südbahn“. „Schön wäre gewesen, wenn alle Abgeordneten diese Initiative mitgetragen hätten, denn es geht um gemeinsame Interessen der Region“, so Mattheis abschließend.

Humor

Eine A-Mannschaft von der Alb hat den Pokal zum ersten Mal gewonnen. Der Trainer kommt in die Umkleidekabine und hält eine unglaubliche Lobesrede. Diese endet mit: „... dafür hend ihr euch a rechte Erfri-schung verdient. Los, Manne, mach's Faenschter uf!“.

Fa. Tries und die Hochhäuser in der Welt

Die Hydraulikexperten aus Ehingen helfen Hochhaus-Bauherren in aller Welt.

Zur Zeit wird in Frankfurt ein neues Hochhaus-Projekt gebaut: Der Henninger Turm. Hier hilft die Firma Tries aus Ehingen mit ihren hydraulischen Steuerungen, dass die Kletterschalungen beim Bau gleichmäßig nach oben verschoben werden können. Die Schalung kommt von PERI-Schalungen aus Weißenhorn, also auch aus der Region.

So war das Ehinger Unternehmen auch beim Bau des weltberühmten „Petronas Towers“ in Malaysia beteiligt. Bei ca. 30 % aller Hochhäuser, die in den letzten 30 Jahren gebaut wurden, kam Hydraulik aus Ehingen zum Einsatz. Außergewöhnliche Anwendungsgebiete sind für das Unternehmen nicht fremd. Fluggastbrücken in Großflughäfen sind auch mit TRIES-Hydraulik bestückt

Manfred Tries ist aber nicht der Bau-Unternehmer, sondern er wirkt mit den Tüftleien seiner Firma mit, dass mit Hilfe von Hydraulikelementen die Wolkenkratzer mit relativem geringen Aufwand in die Höhe gefertigt werden können. Vom klassischen



Manfred Tries

Hydraulikelement-Hersteller mutiert die Firma auch zum Maschinenbauer. Das kleinste Tries-Ventil passt in eine Zigarettenschachtel und das größte Hydraulik-Element wiegt bald eine halbe Tonne. Ca. 100 Abnehmer beliefert TRIES Ehingen, darunter Bremssysteme für Linde-Gabelstapler und Drehdurchführungen für Krane der Fa. Liebherr Ehingen. Die ermöglichen Drehungen der Krane ohne dass sich Schläuche verheddern.

Zitat Manfred Tries: „Die Vielzahl der Kunden macht uns unabhängig.“



Hilde Mattheis unterwegs

In der kommenden Woche ist die Bundestagsabgeordnete wieder im Wahlkreis unterwegs: Sie besucht die Region zu unterschiedlichen Anlässen.

Montag, 15.09.2014 10:00 Uhr Besuch Prof. Dr. Harald Gündel/Ärztlicher Direktor Psychosomatische Medizin und Psychotherapie: Gespräch über seine Forschungsergebnisse und politischen Handlungsbedarf, Uni Ulm. Etwa 20:30 Uhr Bürgerempfang der SPD-Stadtratsfraktion Ulm, Bootshaus, Gänslände 10, Ulm

Dienstag, 16.09.2014 10:00 Uhr Gespräch mit BM Seibold, Rathaus Blaubeuren 13:00 Uhr Besuch der Interessengemeinschaft für Geschichte und Brauchtum zum Thema Trachten der Schwäb. Alb, Tiroler Stube Neugasse 11 Merklingen 19:30 Uhr voraussichtlich Besuch der Veranstaltung Grüne Gentechnik, Haus der Begegnung Ulm

Donnerstag, 18.09.2014 13:00 – 15:30 Uhr Gespräche im Wahlkreis-büro 18:00 Uhr Gespräch mit Ulmer Jusos, Zur Zill Ulm

Samstag, 20.09.2014 19 Uhr Empfang des Kuhbergvereins zu Ehren Bernd Lambacher, Vereinsheim Kuhbergverein, Unterer Kuhberg 20 Ulm. Anschließend SPD-Stand bei der Kulturnacht in Ulm

Sonntag, 21.09.2014 17 Uhr Feier zur Stadterhebung Blausteins, Feuerwehrhaus Am Kalkwerk 1 Blaustein

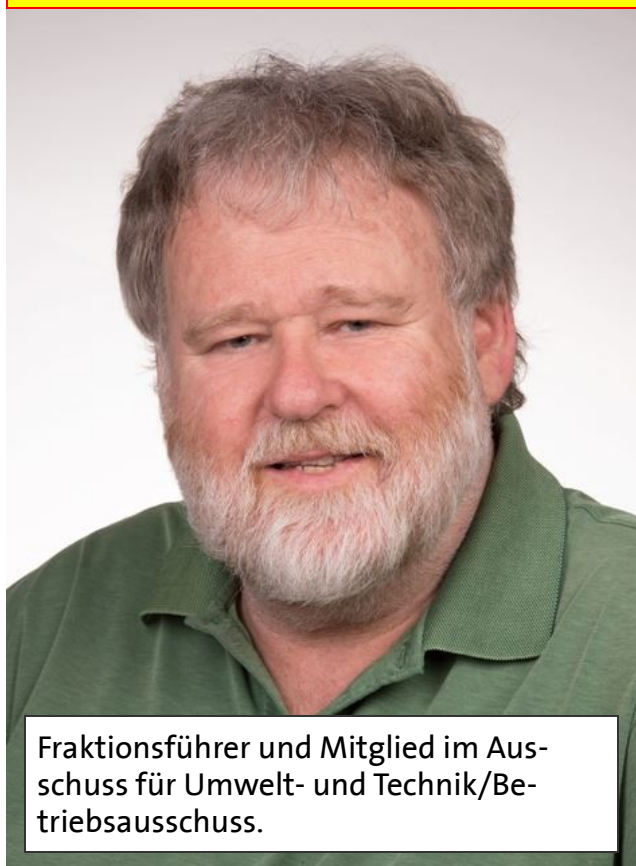
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Söflinger Straße 145 89077 Ulm Telefon 0731 6026771 Telefax 0731 61321

E-Mail

hilde.mattheis.wk01@bundestag.de www.hilde-mattheis.de

Unsere Mandatsträger im Ehinger Gemeinderat



Fraktionsführer und Mitglied im Ausschuss für Umwelt- und Technik/Betriebsausschuss.

Georg (Juri) Mangold, SPD, Ehingen



Vertritt jeden SPD-Gemeinderat in den Ausschüssen bei Verhinderung im jeweiligen Ausschuss.

Georg (Schorsch) Schreiber, SPD, Ehingen



Mitglied im Kultur- und Sozialausschuss.

Joachim Schmucker, SPD, Nasgenstadt



Mitglied im Verwaltungsausschuss.

Manfred Hucker, SPD, Ehingen